

## Information zur "Bildung der oppositionellen Sammlungsbewegung 'Neues Forum'"

Im Laufe des Jahres 1989 geriet das SED-Regime in der DDR weiter unter Druck. Immer mehr Menschen waren mit den Verhältnissen unzufrieden. Sie wollten die DDR entweder verlassen oder versuchten, das Land zu reformieren und die Politik aktiv mitzugestalten. Im September gründeten sich dazu mehrere Bürgerrechtsinitiativen, die die Staatssicherheit argwöhnisch beobachtete. Besonders im Fokus stand das Neue Forum.

Bürgerrechtsgruppen hatte es in der DDR bereits vor dem Spätsommer 1989 gegeben. Eine Übersicht, die die Stasi im Mai fertig gestellt hatte, zählte in der gesamten DDR 160 Gruppen auf, die zu einem erheblichen Teil schon seit Jahren existierten. Diese beschränkten sich allerdings in der Regel auf bestimmte Themen (Frieden, Ökologie, Gleichberechtigung der Frauen usw.) und ihre Mitglieder lehnten es ab, sich selbst als "Dissidenten" oder "Oppositionelle" zu bezeichnen.

Das hatte vor allem taktische Gründe, weil sie die Diktatur nicht zu sehr herausfordern wollten. Auf der Gegenseite hat die Staatssicherheit die Gruppen genau beobachtet, mit Inoffiziellen Mitarbeitern infiltriert, einzuschüchtern und zu zersetzen versucht. Aber sie mit offen repressiven Mitteln zu zerschlagen und die Aktivistinnen und Aktivisten einzusperren, war ihr nicht möglich. Weil das als "politische" (nicht als rechtliche) Frage galt, hätte die Stasi dazu vorab eine Erlaubnis von SED-Generalsekretär Erich Honecker benötigt. Der aber zögerte, weil er einen Ansehensverlust im westlichen Ausland fürchtete.

Durch die Fluchtwelle über Ungarn im August 1989 und die Unruhe, die sie in der DDR auslöste, änderte sich die Konstellation grundlegend. Viele Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler kamen in diesen Wochen zu der Überzeugung, es sei an der Zeit, sich zu Wort zu melden und eine kritische Öffentlichkeit zu schaffen.

Die Bürgerrechtsinitiative mit der größten öffentlichen Resonanz war das Neue Forum, das am 9./10. September in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen wurde. Ihre Kernbotschaft lautete: "Die Zeit ist reif." Von der Staatssicherheit wurden die Protagonistinnen und Protagonisten genau beobachtet. Das Neue Forum war eine von mehreren politischen Initiativen, die in diesen Wochen ins Leben gerufen wurden oder, schon etwas länger in Vorbereitung, nun zum ersten Mal an die Öffentlichkeit gingen: die Initiative für die Schaffung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR, die "Vereinigte Linke", der "Demokratische Aufbruch" und "Demokratie jetzt". Zudem solidarisierten sich Liedermacher und Prominente aus der Rockmusikszenen mit den Forderungen der Bürgerrechtsgruppen. Das war auch aus Sicht der Stasi "eine neue Qualität" des Vorgehens "feindlicher, oppositioneller Kräfte".

Die Initiatoren des Neuen Forums verstanden ihr Vorhaben mehr als Bürgerinitiative, denn als Organisationsgründung. Sie bemühten sich, eine Plattform für breitesten gesellschaftlichen Widerstand gegen die Diktatur zu schaffen, auch einfache SED-Mitglieder sollten dafür gewonnen werden. Deshalb war ihr Aufruf relativ allgemein gehalten und betonte mehr die Anerkennung von Problemen und die Notwendigkeit eines offenen Dialogs, als dass er bereits politische Lösungen propagieren würde. Aus dem gleichen Grund bedienten sie sich eines legalistischen Verfahrens: Sie versuchten, das Neue Forum nach der Vereinigungsverordnung der DDR beim Innenministerium und in den Bezirken offiziell anzumelden. Am 21. September lehnte dies das Innenministerium mit der Begründung ab, es handle sich um eine "staatsfeindliche Plattform". Die Initiatorinnen und Initiatoren ließen sich dadurch nicht einschüchtern, sondern legten mit Hilfe des Anwalts Gregor Gysi rechtlichen Einspruch ein. Für die Auseinandersetzungen und Demonstrationen der folgenden Wochen war damit ein symbolisches Thema gesetzt: "Neues Forum zulassen!" wurde zu einer zentralen Parole der Protestbewegung.

In der vorliegenden Information der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) geht es um ein Treffen des Neuen Forums am 24. September in Leipzig. Etwa 80 Personen aus der gesamten DDR kamen zu der Veranstaltung, um über ihr weiteres Vorgehen zu diskutieren. Außerdem berichtet die Staatssicherheit über die Bildung von Initiativgruppen des Neuen Forums in verschiedenen Orten.

---

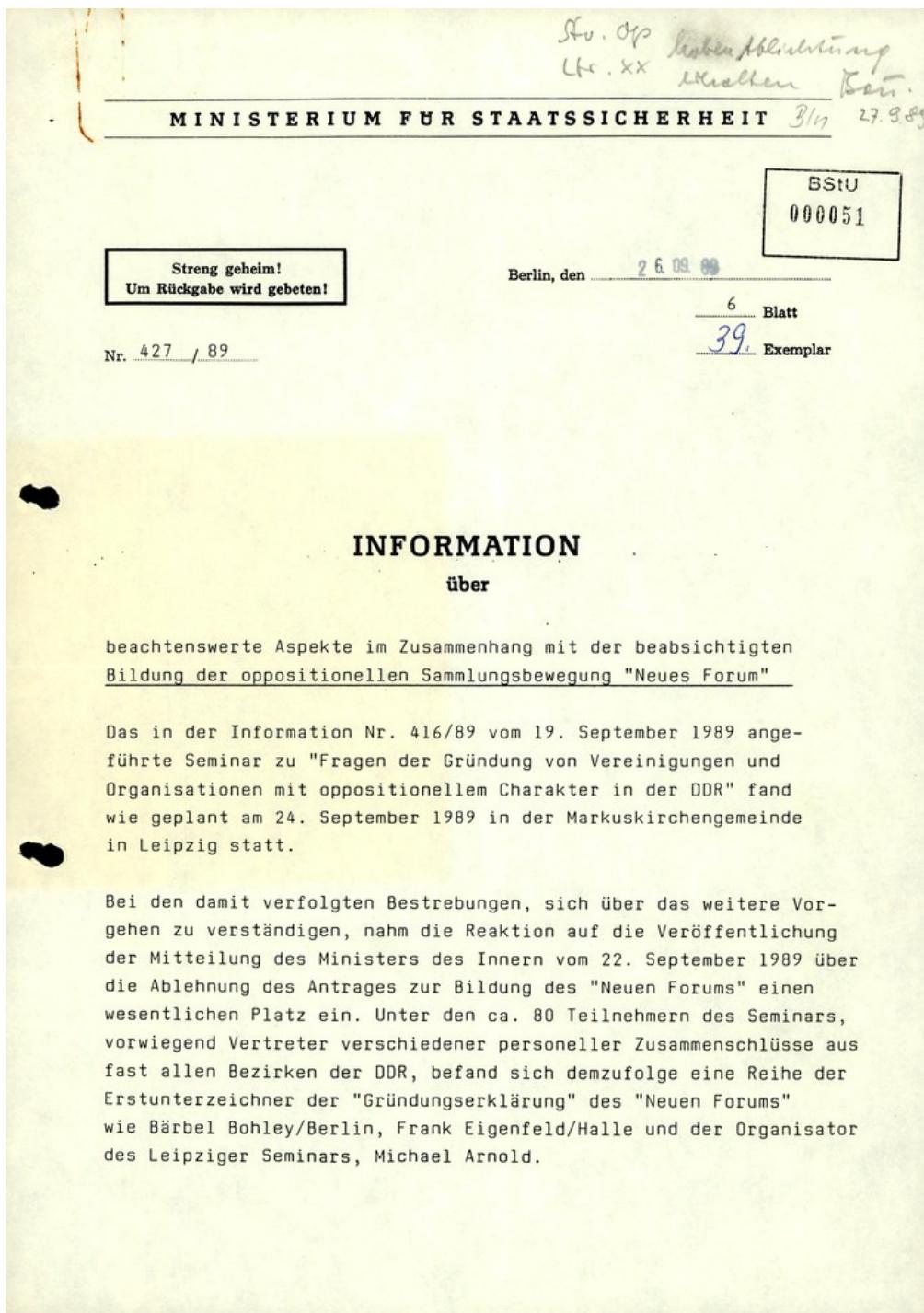
**Signatur:** BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 99, Bl. 51-56

---

### Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe Datum: 26.9.1989  
Rechte: BStU  
Überlieferungsform: Dokument

## Information zur "Bildung der oppositionellen Sammlungsbewegung 'Neues Forum'"



**Signatur:** BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 99, Bl. 51-56

Blatt 51

## Information zur "Bildung der oppositionellen Sammlungsbewegung 'Neues Forum'"

BStU  
000052

2

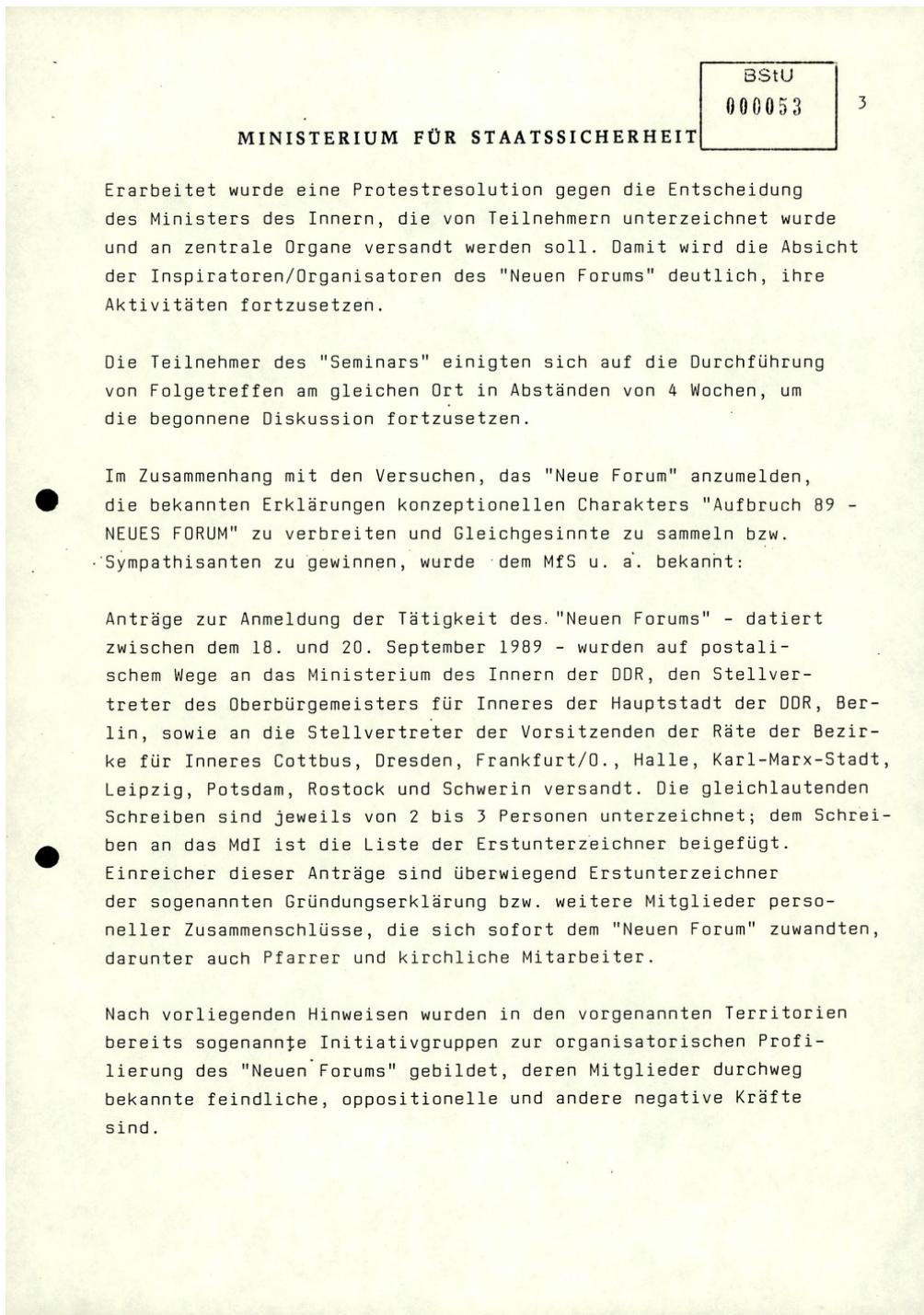
### MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Das "Seminar" befaßte sich nach streng intern vorliegenden Hinweisen mit folgenden wesentlichen Inhalten:

- Notwendigkeit oppositioneller Sammlungsbewegungen;
- Wirksamwerden oppositioneller Kräfte;
- Einflußnahme zur Erzielung einer gesetzlichen Regelung für die Bildung einer "oppositionellen Gesamtvereinigung".

Dazu gaben Vertreter verschiedenster personeller Zusammenschlüsse und sogenannter Sammlungsbewegungen Selbstdarstellungen ab und verbanden dies mit der Orientierung, das "Neue Forum" zur Vernetzung existierender personeller Zusammenschlüsse und als Plattform des künftigen Wirkens zu nutzen.

Die Bohley erklärte zur Zielstellung des "Neuen Forums", eine "Breitenwirkung auf alle Schichten der Bevölkerung der DDR, ungeteilt der Berufstätigkeit und Bindung an Parteien" anstreben zu wollen. Unterschriftenleistungen zur "Gründungserklärung" verstehe man als Bereitschaftserklärung, das "Neue Forum" unterstützen zu wollen und nicht unbedingt als Mitgliedschaft, da man für alle "offen" sein wolle (auch für Kriminelle und "Republikaner"). Als Organisationsform sehe man ein dezentralisiertes Wirken von regionalen Gruppen vor. Die Bohley verstehe sich - ihren Aussagen zufolge - als Vermittlerin diesbezüglich interessierter Personen. Hinsichtlich der Entscheidung des Ministers des Innern erklärte die Bohley, daß es sich dabei um keine juristische, sondern um eine politische Entscheidung handele. In der geführten Diskussion wurde das "Neue Forum" von Vertretern anderer personeller Zusammenschlüsse wiederholt als "akzeptable Plattform" anerkannt, auf deren Grundlage die "Zusammenführung von Menschen sowie die Diskussion und das Suchen von Wegen zur Lösung anstehender Probleme" möglich seien.

**Information zur "Bildung der oppositionellen Sammlungsbewegung 'Neues Forum'"**

**Signatur:** BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 99, Bl. 51-56

Blatt 53

**Information zur "Bildung der oppositionellen Sammlungsbewegung 'Neues Forum'"**

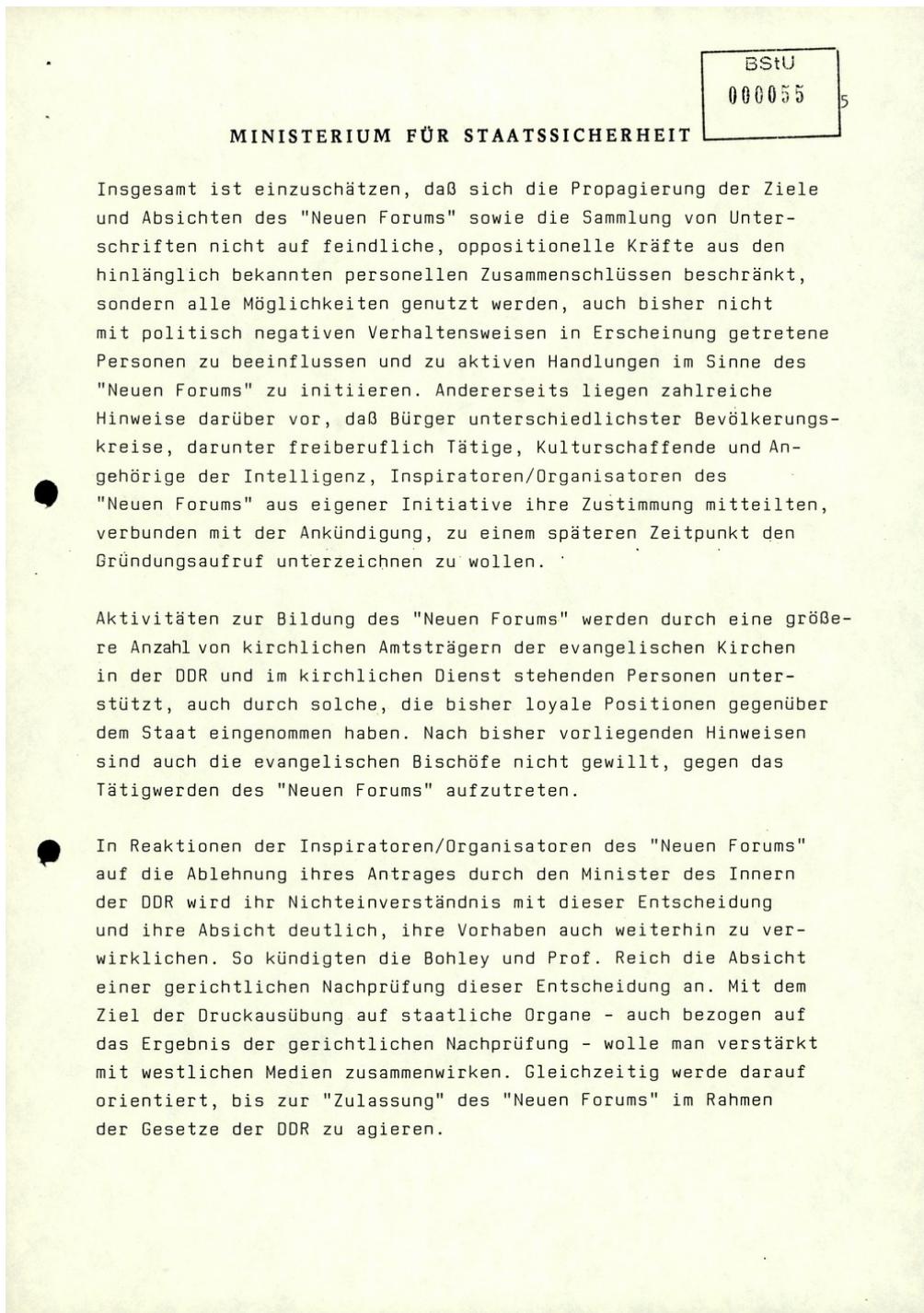
BStU  
000054 4

**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**

Besonders durch diese, aber auch eine Reihe reaktionärer kirchlicher Kräfte wird eine intensive Propaganda der Ziele und Inhalte des "Neuen Forums" betrieben bzw. dazu Unterstützung geleistet. So wird die Erklärung "Aufbruch 89 - NEUES FORUM" DDR-weit im Rahmen kirchlicher Veranstaltungen verlesen, kommentiert und zum Lesen ausgelegt, verbunden mit geplantem bzw. spontan initiiertem Sammeln von Unterschriften (während einer Veranstaltung der Jungen Gemeinde Jena-Stadtmitte wurden z. B. ca. 500 Exemplare dieses Papiers verteilt). Aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen liegen Hinweise darüber vor, daß Inspiratoren/Organisatoren des "Neuen Forums" und Sympathisanten diese Erklärung verbreiten, daraus zitieren bzw. darüber Diskussionen entfachen, so z. B. der Erstunterzeichner Professor Reich in seinem Arbeitsbereich, dem Zentralinstitut für Molekularbiologie bei der Akademie der Wissenschaften der DDR. Die Sängerin Tamara Danz, Rock-Gruppe "Silly", las während Veranstaltungen am 19. und 20. September 1989 im Bezirk Potsdam bzw. in Leipzig (dort vor ca. 1 200 meist jugendlichen Zuhörern, die mehrheitlich Beifall bekundeten) aus der bekannten "Resolution" der Unterhaltungskünstler, in der sie sich mit den Erstunterzeichnern des "Neuen Forums" solidarisierten.

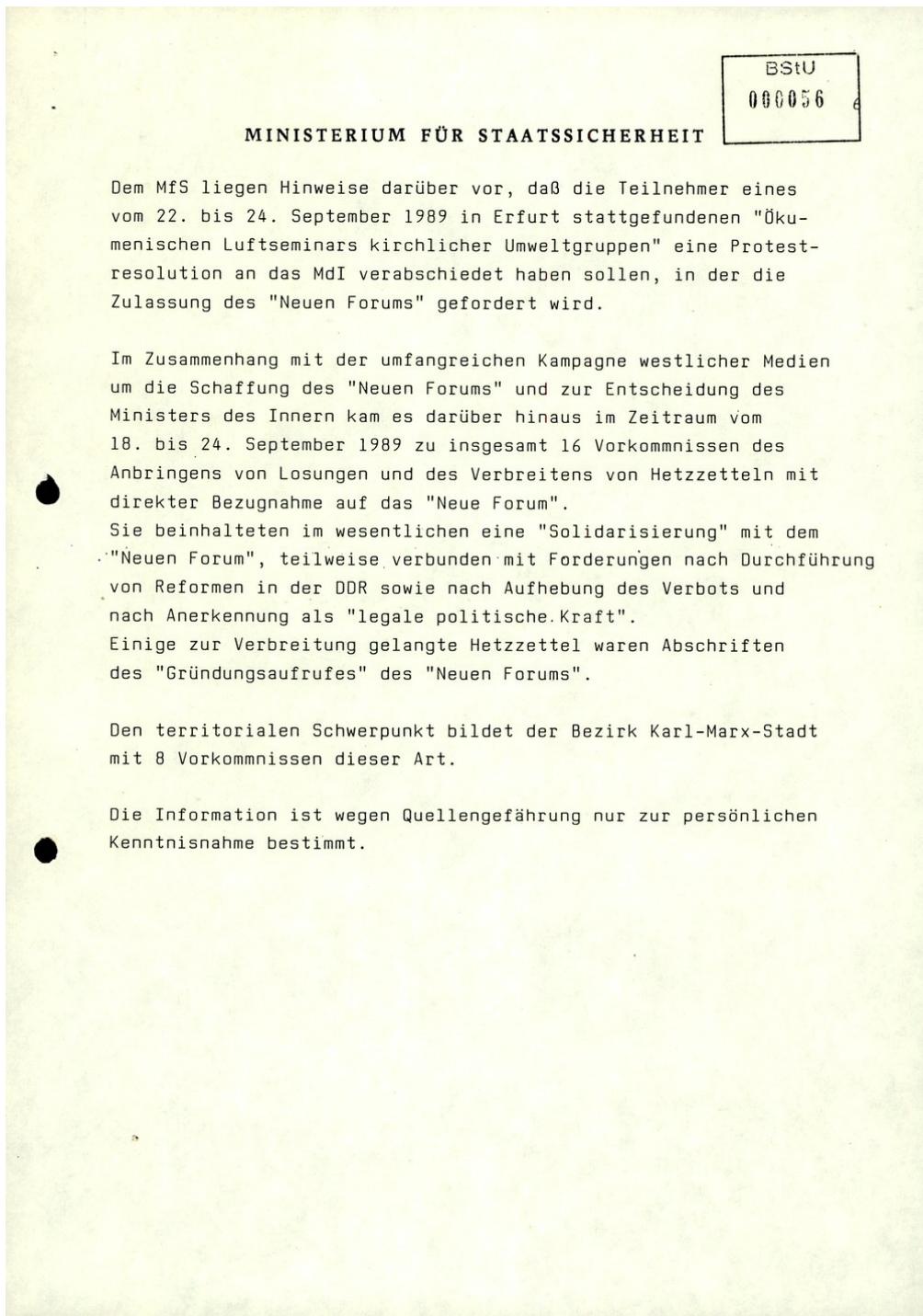
Während einer Zusammenkunft der Mitglieder des Bezirksverbandes Potsdam des Schriftstellerverbandes der DDR versuchte die Schriftstellerin Helga Schütz, die Anwesenden zur Unterzeichnung der "Erklärung" zu veranlassen. Im Ergebnis einer politischen Auseinandersetzung und Abstimmung (8 Stimmen für Unterzeichnung, 21 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen) wurde dieses Ansinnen zurückgewiesen.

Beachtenswert sind ferner Einzelhinweise über die mißbräuchliche Nutzung betrieblicher Computer- und Drucktechnik für die Vervielfältigung der "Erklärung" bzw. das Aufsuchen von Bürgern in ihren Wohnungen zum Zwecke der Unterschriftensammlung. (Über bisher insgesamt gesammelte Unterschriften liegen noch keine gesicherten Hinweise vor. In westlichen Medien veröffentlichte Zahlenangaben tragen offensichtlich spekulativen Charakter.)

**Information zur "Bildung der oppositionellen Sammlungsbewegung 'Neues Forum'"**

**Signatur:** BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 99, Bl. 51-56

Blatt 55

**Information zur "Bildung der oppositionellen Sammlungsbewegung 'Neues Forum'"**

**Signatur:** BArch, MfS, BV Berlin, AKG, Nr. 99, Bl. 51-56

Blatt 56